

WdA im April

Hungeraufstände auf Haiti, Plünderungen von Reislieferungen auf den Philippinen, Unruhen in Afrika. Die industrielle Welt will das Klima retten, das sie selbst gefährdet hat. Jetzt aber gefährdet sie die Nahrungsgrundlage der ärmeren Länder, weil sie Biosprit propagiert. Statt Mais, Reis und Weizen zum Essen werden Pflanzen nun gewinnbringend als Kraftstoffzutat angebaut. Hauptsache, wir bleiben klimaschonend mobil und machen Profit. Aber in vielen Ländern fehlt das Geld für die verknappten, ergo viel teurer gewordenen Grundnahrungsmittel. „Furchterregende Folgen“ prognostiziert der Chef des Internationalen Währungsfonds, Strauss-Kahn, und „Hunderttausende werden an Hunger sterben“, wenn das so weitergeht und das rasende Wachstum in China und Indien zu noch mehr Teuerungen führt. Auch bei uns sind die Folgen spürbar, wenngleich noch niemand verhungert. Doch die Teuerungen bei Lebensmitteln und Energie sind dramatisch (siehe diese *WdA*), die Reallöhne sinken, die Realrenten auch. Und ein Ende ist nicht in Sicht.

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Mehrheit will Mindestlöhne

Seite 2

Armut raubt Zukunft

Seite 3

Almosen für Rentner,

Das Rentenmodell der Schweiz

Seite 4

Praktikanten - die modernen

Sklaven, Niedriglöhne im

öffentlichen Dienst,

Kapitalismus pur

Seite 5

Regelt der Markt alles?

Mit US-Politik in die Barbarei

Seite 6

Skrupelloses Lohndumping,

Streit um Mindestlöhne am Bau

Seite 7

Blick zurück: Das Vereinsgesetz

Seite 8

Höhere Löhne, weniger zum

Leben, Geschönte Statistik

Seite 9

Da Capo: Neues aus der Anstalt

Filmtipp, Impressum

Mehrheit will Mindestlöhne

Eine große Mehrheit der Bevölkerung befürwortet die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne. Aber CDU/CSU wollen weiter gegen das Volk regieren. Sie verweigern den Schutz vor Ausbeutung.

Führende Unionspolitiker haben den Bundesarbeitsminister aufgefordert, seine Entwürfe zur Ausweitung des Entsendegesetzes und zur Modernisierung des Gesetzes über Mindestarbeitsbedingungen fallen zu lassen. „Die ganz große Mehrheit“ der Tarifparteien wolle keinen staatlich festgelegten Einheitslohn, erklärte Fraktionsgeschäftsführer Röttgen, einer der vielen Vollstrecker von Unternehmerinteressen im Deutschen Bundestag. Er rät „dringend, das Gesetzesvorhaben aufzugeben und das gescheiterte KampftHEMA Mindestlohn nicht weiter zu verfolgen“.

Anträge zur Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz haben bis Ende März die zuständigen Unternehmerverbände und Gewerkschaften aus weiteren sieben Wirtschaftszweigen gestellt. Dabei handelt es sich um die Zeitarbeitsbranche (630.000 Beschäftigte), die Pflegedienste (565.000), das Wachgewerbe (170.000), Großwäschereien (30.000), die Weiterbildungsbranche (23.000), die privaten Forstunternehmen (10.000) und Bergbauspezialisten (2.500). Beim Bundesarbeitsministerium heißt es, dass dadurch zusätzlich 1,43 Millionen Beschäftigte Mindestlöhne erhielten. Derzeit haben rund 1,8 Millionen Arbeitnehmer – darunter in der Baubranche, bei der Post und in Unternehmen der Gebäudereinigung – gesetzliche Ansprüche.

Offenbar lehnen es Unternehmer vieler Wirtschaftszweige ab, mit den Gewerkschaften Aufnahmeanträge in das Entsendegesetz zu stellen. Die Arbeitgeber des Einzelhandels und aus dem Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes beispielsweise waren nicht bereit zu einer Ausweitung des Entsendegesetzes, wodurch zusätzlich über drei Millionen Beschäftigte unter den tariflichen Schutz gefallen wären. Zudem stellt die Vorgabe des Arbeitsministeriums - alle an Flächen- und Firmentarifverträge gebundenen Unternehmen müssten mindestens 50 Prozent der Arbeitnehmer in der Branche beschäftigen - in vielen Fällen eine hohe Hürde dar.

Notwendig bleibt ein branchenübergreifender gesetzlicher Mindestlohn, wie er in den meisten europäischen Ländern bereits existiert. In Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung kommen mehrere Juristen zu dem Ergebnis, verfassungs- und europarechtlich sei die Einführung tariflicher Mindestlöhne durch eine Ausweitung des Entsendegesetzes unproblematisch. Das gelte auch für Branchen, in denen mehrere Tarifverträge existierten, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt seien. Mit der Dienstleistungsfreiheit innerhalb der EU sei die Allgemeinverbindlicherklärung nach dem Entsendegesetz vereinbar.

Zum gleichen Ergebnis kommen auch die Professoren Thomas Dieterich, früher Präsident des Bundesarbeitsgerichtes, und Peter Hanau, die sich für eine Ausweitung des Entsendegesetzes aussprechen. Wer die Einbeziehung der Zeitarbeit ablehne, wende sich „im Ergebnis gegen das gesamte System des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und gefährdet das fragile Gleichgewicht zwischen der Dienstleistungsfreiheit und dem Schutz der inländischen Arbeitsmärkte“ stellte Hanau fest.

Franz Kersjes

Armut raubt Zukunft

Armut wird in Deutschland politisch ignoriert. Aber sie wächst stetig und bedrohlich. Die Ausgaben zur Grundsicherung steigen für alle Menschen, aber die Einnahmen sinken. Mit der Verkündung der Agenda 2010 vor fünf Jahren durch den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) wurde für Millionen Menschen eine wirtschaftlich äußerst negative Entwicklung eingeleitet. 7,4 Millionen sind inzwischen von Hartz IV abhängig. Und von denen, die Arbeit haben, wird fast ein Viertel mit Niedriglohn bezahlt. Außerdem leben nirgendwo in Europa Kinder länger in Armut als bei uns.

Kinderarmut steigt dramatisch

Nach einem Bericht des Kinderhilfswerks haben sich die Hartz-IV-Gesetze vor knapp drei Jahren erheblich auf die Situation der Kinder ausgewirkt. Die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Jungen und Mädchen habe sich mehr als verdoppelt, sagte der Präsident des Kinderhilfswerks, Thomas Krüger. Laut Bericht gelten mittlerweile 14 Prozent aller Kinder offiziell als arm. Schätzungsweise 5,9 Millionen leben in Haushalten mit einem Jahreseinkommen der Eltern von maximal 15.300 Euro. Das ist rund ein Drittel aller kindergeldberechtigten Kinder.

Für die steigende Kinderarmut macht Krüger eine „kurzsichtige Politik“ verantwortlich und fordert einen „schnellen und radikalen Paradigmenwechsel in der Familien- und Kinderpolitik“. Die Bundesregierung müsse ein nationales Programm zur Bekämpfung von Kinderarmut erarbeiten und ein umfangreiches Maßnahmenpaket mit konkreten Zielvorgaben vorlegen.

Niedriglohn ist oft weniger als Hartz IV

Nach einer aktuellen Studie der Universität Duisburg-Essen ist die Zahl der Beschäftigten mit Niedriglohn in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen. Fast jeder Vierte kann kaum noch von seiner Arbeit leben. Von 1995 bis 2006 ist die Zahl derer, die in Deutschland für Niedriglöhne arbeiten, von 4,5 auf 6,5 Millionen gestiegen. Das ist ein Anstieg um gut 43 Prozent! Niedriglöhne sind für die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) Löhne, die unter zwei Drittel des Durchschnittslohnes eines Landes liegen. Danach beginnt der Niedriglohnbereich in Westdeutschland bei 9,61 Euro brutto die Stunde.

Nach den Untersuchungen der Wissenschaftler haben Menschen, die Niedriglöhne über acht Euro bekommen, sogar noch Glück. Denn fast zwei Millionen Beschäftigte arbeiten für einen Bruttostundenlohn unter fünf Euro. Das ist nur möglich, weil es in Deutschland keine Grenze nach unten gibt; denn viele Politiker lehnen Mindestlöhne ab.

Viele Beschäftigte in Niedriglohnbereichen sind auf ergänzende Lohnersatzleistungen im Rahmen von Hartz IV angewiesen. Aber auch das reicht für ein menschenwürdiges Leben nicht aus. Als die Hartz-IV-Sätze 2005 festgelegt wurden, geschah das auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1998. Nachdem endlich

die Zahlen von 2003 zugänglich waren, änderte das nichts an den Regelsätzen. Sie blieben konstant bei 345 Euro für Erwachsene und 207 Euro für Kinder unter 14 Jahren. Nicht einmal die jährlichen Preissteigerungsraten werden berücksichtigt. Die Regelsätze wurden nur ein einziges Mal erhöht – im Sommer vergangenen Jahres um zwei Euro für Erwachsene und einen Euro für Kinder – und dies obwohl die reale Kaufkraft des ausgezahlten Betrages gegenüber 2005 bereits um knapp sieben Prozent auf 321 Euro gesunken war. *F.K.*

Kein Geld für Bildung

Einzelbeträge, die den Hartz-IV-Sätzen zugrunde liegen:

Nahrung, Getränke	128,39 €
Bekleidung, Schuhe	34,70 €
Wohnung (ohne Miete), Strom	27,76 €
Möbel, Apparate, Haushaltgeräte	24,29 €
Gesundheitspflege	13,88 €
Verkehr	13,88 €
Telefon	31,23 €
Freizeit, Kultur	38,17 €
Beherbergungs- und Gaststättenleistung	6,94 €
Sonstige Waren und Dienstleistungen	27,76 €
Gesamt:	347,00 €

„Armut in unserem Land ist kein Schicksal oder Naturereignis, sondern gesellschaftlich verursacht. Arme werden arm gemacht.“ (Friedhelm Hengsbach)

Almosen für Rentner

Grundlage für eine Rentenerhöhung ist die Entwicklung der Nettolöhne. Danach hätten die etwa 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner in diesem Jahr lediglich ein Plus von 0,46 Prozent zu erwarten. Mit einem Kunstgriff will die Große Koalition die Bezüge etwas stärker erhöhen. Zum 1. Juli sollen die Renten um 1,1 Prozent steigen, im nächsten Jahr um gut zwei Prozent. Dafür will die Bundesregierung den so genannten Riester-Faktor, der den Anstieg der Renten spürbar gebremst hätte, für zwei Jahre aussetzen.

Ein Rentner bzw. eine Rentnerin, der/die 45 Jahre lang den Durchschnittsbeitrag eingezahlt hat, erhält nun vom 1. Juli an 13,05 Euro pro Monat mehr. Tatsächlich wird der Lebensstandard aber weiter sinken. Im März 2008 lag die Preissteigerungsrate bereits bei 3,1 Prozent.

Anders als ursprünglich geplant soll die Rücklage der Rentenkasse nicht auf 2,5 Monatsausgaben aufgestockt werden. Dies hätte bis 2014 gedauert, so dass auch erst dann die Rentenbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber hätten sinken können. Die Reserve soll nun lediglich bis zum bereits geltenden Sollwert von 1,5 Monatsausgaben aufgefüllt werden. Die Beiträge sollen in der Folge bereits im Jahr 2012 von 19,9 auf 19,5 Prozent sinken und 2013 auf 19,1. Ab 2018 soll der Beitragssatz wieder steigen. Rentnern bringt der Beschluss allerdings Anfang des nächsten Jahrzehnts deutlich geringere Rentensteigerungen, da die ausgesetzten Kürzungen nachgeholt werden sollen. So sollen ihre Bezüge 2011 lediglich um 0,3 Prozent, 2012 um 0,7 und 2013 um 1,1 Prozent steigen.

Es geht auch anders: **Das Rentenmodell der Schweiz**

Die Altersvorsorge in der Schweiz beruht auf drei Säulen: eine obligatorische und eine ergänzende kapitalgedeckte Versicherung sowie eine staatlich geförderte Eigenvorsorge. Bezeichnend für das „Schweizer Modell“ ist die Solidarität einkommensstarker gegenüber einkommensschwachen Menschen. Eine Beitragsbemessungsgrenze gibt es nicht. Anders als in Deutschland, wo für Löhne und Gehälter nur bis zu einer bestimmten Höhe Rentenbeiträge gezahlt werden müssen, bezahlen die Schweizer bei hohen Einkommen auch dementsprechende Beiträge. Außerdem beteiligen sich ausnahmslos alle an diesem System. Auch Beamte, Selbstständige und Politiker werden zur Finanzierung ihrer Alterseinkommen herangezogen.

Obligatorische Grundsicherung

Als erste Säule fungiert eine obligatorische, existenzsichernde Alters-Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung mit Ergänzungsleistungen im Bedarfsfall. Jede Person mit Wohnsitz in der Schweiz ist anspruchsberechtigt. Beitragspflichtig sind ausnahmslos alle Erwerbstätigen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber entrichten 5,05 Prozent des Bruttolohns an die Alters- und Hinterbliebenenversicherung und 0,7 Prozent an die Invalidenversicherung. Selbstständige dagegen zahlen 9,5 Prozent ihres Erwerbseinkommens. Beitragspflichtig wird man durch alle Arten von Einkommen, also neben Löhnen und Gehältern auch Kapitalerträge und Mieteinnahmen.

Die Rente aus der obligatorischen Grundsicherung ist nach oben wie nach unten begrenzt. Es wird rigide umverteilt, und zwar von oben nach unten. Die Rente eines Millionärs steht in keinem Verhältnis zu seiner Beitragsleistung, weil er die Mindestrenten der gering Verdienenden mitfinanziert. Männer und Frauen haben nach Vollendung des 65. Lebensjahres einen Anspruch auf Altersrenten. Alle zwei Jahre werden die Renten der Lohn- und Preisentwicklung angepasst.

Kapitalgedeckte Versicherung

Die zweite Säule besteht aus einer beruflichen Vorsorge (BV) mit gesetzlicher Minimalversicherung und freiwilliger Höherversicherung. Die BV ist eine kapitalgedeckte Pensionsversicherung. Bedeutsam dabei ist, dass die Vorsorgeeinrichtungen die Leistungen und Finanzierung selbst bestimmen können. Diese Einrichtungen versichern Tod, Invalidität und Alter und entrichten Leistungen nach eigenen Plänen. Gespeist wird der Kapitalbedarf aus Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der Anlage des Vermögens.

Staatlich geförderte Eigenvorsorge

Das Prinzip der dritten Säule entspricht einer vom Staat geförderten Eigeninitiative. Jeder Schweizer kann, je nach finanzieller Möglichkeit, eigene Vorsorgevorhaben verwirklichen. Bedingung ist allerdings, erwerbstätig zu sein. Die Beiträge können bis zu einer Höchstgrenze vom zu versteuernden Einkommen abgesetzt werden. Diese Beiträge bleiben bis zum Rentenalter gesperrt.

Praktikanten – die modernen Sklaven

Über 50 Prozent der Praktikanten in Deutschland werden nach eigenen Angaben „nicht bezahlt“, stellte eine vom Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegebene Studie des Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie (Inifes) fest. 80 Prozent der Befragten sagten, dass sie die Hälfte der Praktikumsdauer „wie ein normaler Arbeitnehmer“ zum Einsatz gekommen seien. Das Forschungsinstitut fand auch heraus, dass mehr junge Menschen mit einer abgeschlossenen Ausbildung (31 Prozent) in den Praktikantenstatus rutschen als es bei Uni-Absolventen (24 Prozent) der Fall ist. Das Inifes hatte rund 2.000 Menschen zwischen 18 und 35 Jahren befragt, die mindestens eine Lehre oder ein Studium abgeschlossen haben. Von allen Berufseinsteigern wurden nach dem Praktikum nur 22 Prozent vom jeweiligen Betrieb übernommen.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) will den Missbrauch von Praktika eindämmen, aber nicht beseitigen. Eine Arbeitsgruppe werde § 612 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) verbessern und für Unternehmer klarer gestalten. Der § 612 schreibt vor, dass Praktika „angemessen vergütet“ werden müssen. Scholz will aber weder einen Mindestlohn für Praktikanten noch eine Höchstarbeitszeit festsetzen.

Praktikanten werden auch in den Bundesministerien ausgebeutet. Olaf Scholz will in seinem Ministerium kein Geld für den Job-Nachwuchs einsetzen. „Bitte beachten Sie, dass Praktika nicht vergütet werden“, heißt es nach Informationen des *Spiegel* in einer Richtlinie. Scholz zeigt sich damit ebenso geizig wie die meisten seiner Kollegen. Nur Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul zahlt den Praktikanten eine Aufwandsentschädigung von 100 Euro brutto im Monat! Besonders hart sind die Bedingungen bei Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) und Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU). „Es können keinerlei Kosten für Versicherungen, Unterkunft, Verpflegung und Ähnliches übernommen werden“, heißt es im Verkehrsministerium. Anspruch auf Urlaub besteht nicht, auch wenn sich eine Hospitanz im Wirtschaftsministerium über acht Monate hinziehen kann. – Das sind nur einige Beispiele für eine insgesamt verlogene Politik!

Niedriglöhne im öffentlichen Dienst

Arm trotz Arbeit: Bei mehr als 183.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst reicht der Verdienst zum Leben nicht. Fast 130.000 der Betroffenen müssen ihre niedrigen Löhne mit Hartz-IV-Leistungen aufstocken – vor allem Lehrer und Erzieher sind davon betroffen.

Nach der veröffentlichten Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Links-Fraktion waren im Juli vergangenen Jahres 129.907 Beschäftigte in Schulen sowie in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Entsorgung auf Hartz IV angewiesen, obwohl sie eine reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeit hatten. Darunter befanden sich fast 33.000 Lehrer und Erzieher. 53.621 Menschen haben einen Mini- oder Teilzeitjob mit Arbeitslosengeld II aufgestockt. Der Anteil der „Aufstocker“ im öffentlichen Dienst nahm im Vergleich zu 2005 von 2,3 auf 2,2 Prozent ab. Dafür sei der Anteil der nur geringfügig Entlohnerten von 6,8 auf 7,9 Prozent gestiegen.

Kapitalismus pur

Bankenkrisen kosten Milliarden! Insgesamt addieren sich die Garantien und Hilfen von Bund und Ländern für Banken bislang auf rund 17 Milliarden Euro. Mit diesem Geld der Steuerzahler ließen sich eine Rentenerhöhung und ein Ausbau der Kinderbetreuung bezahlen. Von den Bankmanagern, die hemmungslos gezockt und kassiert haben, wird niemand in Haft genommen oder gar angeklagt. Weltweit haben Banken rund 200 Milliarden Dollar abgeschrieben. Aber dabei wird es nicht bleiben. Führende Analysten gehen allein für die USA von Kreditausfällen von mehr als einer Billion Dollar aus. Und diese Zahl sei nur die „untere Grenze“, glaubt der Ökonom Nouriel Roubini. Am Ende könnten sich die Ausfälle gar auf bis zu 2,7 Billionen Dollar summieren.

Lobbyismus: Seit mehreren Jahren sind in den Bundesministerien so genannte „externe Mitarbeiter“ tätig, die aber von ihrem eigentlichen Arbeitgeber weiter bezahlt werden (s. *WdA* Nr. 47, S.4). In einem vertraulichen Bericht des Bundesrechnungshofes, über den das Fernsehmagazin *Monitor* berichtete, heißt es: Über 60 Prozent der externen Mitarbeiter vertraten die Bundesregierung sogar bei Veranstaltungen und Verhandlungen. Über 60 Prozent erstellten Leitungsvorlagen für Topbeamte. Über 25 Prozent waren an Vergabeverfahren öffentlicher Aufträge beteiligt. Und über 20 Prozent haben sogar an Gesetzen und Verordnungen formuliert.

Mit der US-Politik in die Barbarei

Millionen Tote, Verletzte, Flüchtlinge – unbeschreibliche Gewalt, Bomben, Terror, Elend und Zerstörung. Das ist die Bilanz der wahnsinnigen Politik des US-Präsidenten George W. Bush. Dem britischen Forschungsinstitut ORB zufolge wurden bis Herbst 2007 etwa 1,2 Millionen Iraker getötet und 1,1 Millionen verwundet. Mehr als fünf Millionen Menschen hat der Krieg zu Vertriebenen gemacht. Über 60.000 Iraker werden zurzeit von den Besatzungsmächten gefangen gehalten, viele von ihnen ohne Anklage oder Prozess. Die Situation ist eine einzige Tragödie.

Ein 24seitiger Bericht von Amnesty International ist eine erschütternde Anklageschrift gegen den US-Präsidenten. „Hunderte Menschen werden jeden Monat in der allgegenwärtigen Gewalt getötet“, unzählige Menschenleben seien durch die Armut bedroht, heißt es in dem Bericht. Etwa die Hälfte der Iraker lebt von weniger als einem Dollar am Tag. Und das geschieht in einem Land, das einmal für die arabische Region über ein vorbildliches und von der UNO ausgezeichnetes Gesundheits- und Bildungssystem verfügte. Heute haben die Menschen weder genügend Nahrung noch Medikamente, und die Wasserversorgung hat sich deutlich verschlechtert. Es gibt vielfach Versorgungsengpässe, und Millionen von Menschen steht nur verschmutztes Wasser zur Verfügung. Der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan erklärte kürzlich, der irakischen Bevölkerung gehe es heute schlechter als während der Diktatur.

Das erste Opfer des Krieges ist immer die Wahrheit: US-Regierungsvertreter haben das Sprichwort laut einer Studie wörtlich genommen. Wissenschaftler wiesen US-Spitzenbeamten 935 Lügen in den zwei Jahren vor dem Krieg nach. Spitzenreiter bei den Falschaussagen war George W. Bush. Den Einmarsch der US-Truppen im April 2003 malte der Präsident in geradezu nostalgischen Farben. „Zehntausende unserer Truppen strömten über die irakische Grenze, um das irakische Volk zu befreien....Dies ist ein Kampf, den Amerika gewinnen kann und muss.... Wir akzeptieren kein anderes Ergebnis als Sieg.“

Zum fünften Jahrestag des Irak-Krieges hat Präsident Bush alle Forderungen nach einem Truppenabzug zurückgewiesen. Aber die Zahl der Kriegsgegner wächst auch in den USA. Zurzeit befinden sich 158.000 US-Soldaten im Einsatz. Die Zahl soll bis zum Sommer auf 140.000 verringert werden. 4.000 Soldaten wurden bislang getötet. Sie starben wie alle Iraker einen sinnlosen Tod. Gewonnen haben nur die privaten Sicherheitsfirmen, die Kriegsindustrie und die Ölkonzerne.

Allenfalls 50 bis 60 Milliarden US-Dollar sollte der Krieg im Irak kosten. Der Ökonom und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und die an der Harvard-Universität lehrende Finanzwissenschaftlerin Linda Bilmes haben die Kosten des Irak-Krieges ausgerechnet und sind auf das 60fache der ursprünglichen Angaben der US-Regierung gekommen. Sie haben die Summe von drei Billionen US-Dollar errechnet! Ausgegeben wurden sie für Blut, Tränen, Trümmer. Welch eine irrsinnige, menschenverachtende, barbarische Politik!

Franz Kersjes

Regelt der Markt alles?

Keine andere Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie beherrscht die Tagespolitik, aber auch die Medienöffentlichkeit und das Bewusstsein von Millionen Menschen so stark wie die neoliberale. Nicht nur Kurt Becks Neoliberalismus-Vorwürfe in Richtung CDU und CSU im vergangenen Jahr haben gezeigt, dass der Begriff sich zu einem zentralen Schlagwort in der politischen Auseinandersetzung entwickelt hat; an ihm scheiden sich die Geister.

Das Autorenteam Christoph Butterwegge, Ralf Ptak und Bettina Lösch hat gleich zwei Bücher zum Thema vorgelegt: *Kritik des Neoliberalismus* (s. WdA Nr. 42) erscheint bereits in der zweiten Auflage, und ganz neu wurden *Analysen und Alternativen zum Neoliberalismus* veröffentlicht.

Mit diesem neuen Sammelband werden unterschiedliche Ansätze der Neoliberalismusforschung im deutschsprachigen Raum erstmals zusammengeführt. In 21 Beiträgen setzen sich Autorinnen und Autoren verschiedener Disziplinen mit grundlegenden Fragen des neoliberalen Projekts, den Gründen seiner Wirkungsmächtigkeit, der widersprüchlichen Rolle des Staates und den Voraussetzungen und Ansätzen für eine postneoliberale Agenda auseinander. Diese Analyse soll dazu beitragen, die Diskussion um Alternativen auf einer fundierten Grundlage fortzuentwickeln.

Christoph Butterwegge, Ralf Ptak
Bettina Lösch
Neoliberalismus
Analysen und Alternativen
VS Verlag für Sozialwissenschaften
298 Seiten, 24,90 €

Skrupelloses Lohndumping

Im Zusammenhang mit den Vorgängen um die „Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste“ (GNBZ) hat ver.di Beschwerde beim Generalstaatsanwalt in Köln eingelegt. Anlass ist die Entscheidung des zuständigen Staatsanwalts, die Ermittlungen aus formaljuristischen Gründen einzustellen. Der Post-Konkurrent PIN soll bis Dezember 2007 insgesamt 133.526,69 Euro über einen Umweg an die GNBZ gezahlt haben. Das erklärte PIN-Insolvenzverwalter Bruno Kübler. Unter anderem soll mit mehr als 25.000 Euro monatlich das Gehalt von „Gewerkschaftschef“ Arno Doll aufgestockt worden sein. Zudem habe der private Postdienstleister Kosten der „Gewerkschaft“ übernommen, beispielsweise 1.200 Euro für Computer und Bildschirme.

Der frühere PIN-Chef Günter Thiel bestätigte gegenüber *FOCUS Online* die Überweisungen. Er habe aber die finanzielle Unterstützung für die „Gewerkschaft“ nicht im Alleingang entschieden. „Die ganze Angelegenheit wurde vom Verwaltungsrat getragen.“ In dem Gremium saßen bis zur Insolvenzeröffnung auch Vertreter der an PIN beteiligten Zeitungsverlage, unter anderem der Springer-Verlag, der Essener WAZ-Gruppe und der Madsack-Konzern aus Hannover.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat am 11. März 2008 Strafanzeige gegen die GNBZ gestellt. Nach Ansicht von ver.di ist die Entstehung der „Gewerkschaft“ eng mit dem Anliegen verknüpft gewesen, den gesetzlichen Mindestlohn zu verhindern, von dessen Existenz sich Post-Konkurrenten wie PIN in ihrem Geschäftsmodell bedroht sahen. Die Gründung der GNBZ sowie der zwischen ihr und dem Arbeitgeberverband Neue Brief- und Zustelldienste geschlossene Gefälligkeitstarifvertrag hatten einzig und allein das Ziel, die Löhne der Briefbranche zu drücken.

Nach Bekanntwerden von Zahlungen in sechsstelliger Höhe der PIN-Holding zur Finanzierung der „Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste“ forderte die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft personelle Konsequenzen auf Seiten des Arbeitgeberverbandes. Florian Gerster soll als Präsident des Arbeitgeberverbandes Neue Brief- und Zustelldienste zurücktreten. Der feine Herr war mal Vorsitzender der Bundesagentur für Arbeit.

Streit um Mindestlöhne am Bau

Im Streit über die Verlängerung der Mindestlöhne für das Bauhauptgewerbe hat die IG Bau vor Niedriglöhnen und dem Verlust zahlreicher Arbeitsplätze gewarnt. Sollten die ostdeutschen Unternehmer nicht einlenken, drohe die Branche vom September dieses Jahres an ohne Mindestlöhne dazustehen. Mit der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Osteuropäer im nächste Jahr oder spätestens 2011 würden dann „Arbeitnehmer von überallher ihre Dienste zu vier Euro und weniger anbieten können, wenn es keinen Mindestlohn mehr gibt“, äußerte der IG Bau-Vorsitzende Klaus Wiesehegel gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Die Mindestlöhne am Bau sind seit dem 1. Januar 1997 in Kraft. Damals hatten sich die Tarifparteien auf Lohnuntergrenzen von 8,69 Euro

im Westen und 8 Euro im Osten geeinigt. Der Bundesarbeitsminister hatte die Branche dann auf Antrag in das Entsendegesetz aufgenommen und den Tarifvertrag durch Verordnung für die gesamte Branche als allgemeinverbindlich erklärt.

Die Laufzeit des Bau-Mindestlohntarifvertrages betrug zunächst ein Jahr; später einigte man sich für die Folgeverträge auf zwei Jahre. Der gültige Vertrag läuft Ende August aus. Für Westdeutschland war bereits im vergangenen Jahr im Rahmen des Schlichtungsverfahrens der Tarifrunde eine Verlängerung vereinbart worden. Demnach steigt der Mindestlohn für Hilfsarbeiter um 30 Cent auf 10,70 Euro, für Fachkräfte um 35 Cent auf 12,85 Euro. Der Mindestlohn für die rund 130.000 Beschäftigten im Osten sollte in diesem Frühjahr verhandelt werden. Die IG Bau fordert eine Anhebung um jeweils acht Prozent auf dann 9,72 (Hilfsarbeiter) und 10,58 Euro (Fachkräfte). Die Gewerkschaft begründet die Forderung damit, dass 18 Jahre nach der Wiedervereinigung eine deutliche Erhöhung und damit die Heranführung an das Tarifniveau West dringend geboten seien.

In der 1. Verhandlungsrunde am 22. Februar forderten die Unternehmer die Abschaffung des Mindestlohns für Fachkräfte in Ostdeutschland. Der Mindestlohn für Hilfskräfte solle nur erhöht werden, wenn die Löhne anderer Branchen (z.B. Maler- und Lackiererhandwerk) auf das Niveau des Bauhauptgewerbes angehoben würden. Die IG Bau wies diese Forderungen zurück. Ein neuer Verhandlungstermin wurde nicht vereinbart. Kommt eine Einigung nicht zu Stande, werden die Mindestlöhne am Bau auslaufen. *(nach FAZ)*

Blick zurück:**Ein erster Schritt zu gleichen Rechten**

Frauen und ältere Jugendliche hatten die größten Vorteile. Aber sie waren davor auch die am stärksten benachteiligten Menschen gewesen; genau genommen waren sie im politischen Leben überhaupt nicht existent. Das änderte sich vor hundert Jahren: Am 8. April 1908 beschloss der deutsche Reichstag ein Vereinsgesetz. Es betraf auch „politische Vereine“, nämlich Parteien und Gewerkschaften, und löste die verschiedenen Gesetze der Länder im deutschen Kaiserreich ab. Dadurch wurde politische Teilhabe nun auch Frauen und jungen Leuten über 18 gewährt.

Die „politischen Vereine“ Gewerkschaften und Sozialdemokratie waren allerdings schon geraume Zeit davor entstanden; und immer gehörten auch Frauen zu ihren Mitgliedern. Seit den 1880er Jahren entwickelten sich Frauenbewegungen, ohne die viele spätere politische Errungenschaften nicht erfolgt wären. Es war allerdings einzig die proletarische Frauenbewegung, die in den Jahren der Industrialisierung für die Rechte von Heim- und Fabrikarbeiterinnen kämpfte. Und auch dieser Teil der Frauenbewegung hatte längst Mitglieder, bevor es ihnen per Gesetz gestattet wurde. Die Statistik der Freien Gewerkschaften weist seit 1892 weibliche und männliche Mitglieder aus. In jenem Jahr zählte man erst 1,84 % Frauen, 1907, noch in der Verbotszeit, schon 7,34 % mit ständig steigender Tendenz bis 25 % im Kriegsjahr 1918.

Emma Ihrer (siehe: *WdA* 36), im ausgehenden 19. Jahrhundert erste und einzige Frau in der Gewerkschaftsführung, hatte im Gefängnis gesessen wegen „Zuwerhandlung“ gegen das alte Vereinsgesetz, das „Frauenspersonen, Schülern und Lehrlingen“ – in einigen Landesgesetzen wurden zusätzlich noch „Geistesranke“ aufgeführt – bei Strafe verbot, „solchen politischen Vereinen anzugehören“. Sie durften mit derartigen Vereinen auch „nicht in Verbindung treten“; sie durften also nicht einmal stumm deren Versammlungen besuchen. Die „Obrigkeit“ in Gestalt eines Gendarms war kontrollierend immer dabei und bei etwa anwesenden „Frauenspersonen“ gehalten, die Versammlungen aufzulösen, weibliche Teilnehmer festzunehmen und das Verbot des veranstaltenden „Vereins“ zu veranlassen. Besonders rigoros ging man in Preußen vor.

In ihrer Schrift „Die Arbeiterinnen im Klassenkampf“ schilderte Emma Ihrer den Prozess gegen einen Berliner Arbeiterinnen-Verein. „Man merkte überall, dass die Bewegung wirksam zu werden beginne. Doch das sollte nicht von langer Dauer sein. Die Polizeibehörde sah sich veranlasst, ... gegen die Leiterinnen des Frauen-Vereins strafrechtlich vorzugehen, ... weil sie sich durch Beschäftigung mit Politik strafbar gemacht hatten.“ Das Urteil: sehr hohe Geldstrafen für die Vorstands-Frauen und Auflösung des Vereins. Die Ausweisung aus Preußen und Gefängnishaft von sechs Wochen wurden in anderen Fällen verhängt. Emma Ihrer berichtete sehr genau über die Tatvorwürfe: Erörterungen über den „Lohn der Arbeiterinnen und die Aussaugung derselben durch das Kapital - Einrichtung eines Normalarbeitstages durch den Staat - Einführung der Sonntagsruhe - Staatliche Kontrolle der Fabrikräume der Arbeiterinnen durch weibliche Aufsichtsbeamte - Lösung

der sozialen Frage“. Aber mit diesen originär gewerkschaftlichen Themen durften Frauen sich nicht befassen. Es ist bewunderungswürdig, dass viele von ihnen es trotzdem vollbrachten, sich zu organisieren und sich politisch zu bilden.

Den Zugang zu Versammlungen der Arbeiterbewegung verschafften sie sich nicht selten durch das Anlegen von Männerkleidung. Das war nicht komisch, sondern notwendig. Vor allem aber gründeten sie eine große Zahl von Tarnorganisationen. Hinter der Fassade von schöngeistigen Bildungsclubs, Näh- und Ernährungskursen, Sterbekassen oder Sittlichkeitsvereinen wurde aber nicht über „die Hebung der Sittlichkeit“ diskutiert, sondern über die Hebung der ökonomischen Verhältnisse des weiblichen Proletariats.

Sehr wichtig für Information und Kommunikation war die von Emma Ihrer gegründete Zeitung „Die Arbeiterin“, die unter dem Namen „Die Gleichheit“ (*WdA* 15) von Clara Zetkin fortgeführt wurde. Zudem gab es - in Anlehnung an das aus den Gewerkschaften bekannte Vertrauensleute-Modell - in vielen Städten jeweils eine „zentrale Vertrauensperson“. Sie war bis 1908 Motor, Dreh- und Angelpunkt für politisch interessierte Frauen der Arbeiterklasse, für Information, Kommunikation und Aktion, darunter Demonstrationen für Achtstundentag und Frauenwahlrecht. Die Idee zur Umgehung des Vereins- und Versammlungsverbots war so einfach wie genial: Eine Frau ist kein Verein; eine Frau kann man nicht verbieten und nicht auflösen. Man konnte sie höchstens ins Gefängnis werfen.

Antje Dertinger

Höhere Löhne, weniger zum Leben

Die Reallöhne in Deutschland sinken seit Jahren. Die Bundesbürger können sich immer weniger von ihrem Einkommen leisten. Das Nettoeinkommen eines durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalts stieg in den vergangenen drei Jahren deutlich langsamer als die Teuerungsrate.

Die Inflation ist mit derzeit 3,1 Prozent beachtlich hoch. Waren, die täglich angeschafft werden müssen, wie Lebensmittel, Kraftstoff und Energie, sind in der Vergangenheit besonders teuer geworden. Deren Preisentwicklung liegt weit über der durchschnittlichen Preissteigerungsrate. Produkte, die nicht so oft gekauft werden, sind teilweise sogar billiger. Menschen mit niedrigen oder mittleren Einkommen leiden unter der Inflation stärker als Besserverdienende. Sozial Schwächere

in unserer Gesellschaft sind besonders stark betroffen. Und es gibt neben der Inflation ein zusätzliches Problem: Der Staat kassiert immer mehr Steuern.

Wirtschaftswissenschaftler mahnen: Wegen der hohen Inflation steigt die Steuerschuld nach Lohnerhöhungen. Sie steigt stärker als die Einkommen selbst. Die Folge: Das Nettoeinkommen reicht nicht mehr, um die Preissteigerungen auszugleichen. Tatsächlich sinkt unter Umständen dadurch das Einkommen sogar – während die Preise immer weiter nach oben klettern. Kalte Steuerprogression nennen Experten das. Ein Beispiel: Bei einem Einkommen von 15.000 Euro und einer dreiprozentigen Lohnerhöhung wächst die Steuerschuld des Haushalts auf das zusätzliche Geld um ungefähr 7,5 Prozent.

Nach Berechnungen des Tübinger Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung werden mindestens 63 Milliarden Euro zusätzlich bis 2011 in die Kasse des Staates gespült, wenn der Steuertarif nicht an die Inflation angepasst wird. In der Schweiz – und ähnlich auch in den USA und Frankreich – gibt es Gesetze, die in Zeiten starker Inflation die Steuerzahler vor der kalten Progression schützen. Steigt hier die Teuerungsrate, kumuliert über einen bestimmten Prozentsatz, wird der Steuertarif automatisch angepasst. Das wäre auch in Deutschland möglich. Aber durch die Senkung des Spitzensteuersatzes hat der Staat sich unlängst selbst in die Kasse gegriffen. Seither zahlen Besserverdienende wesentlich weniger an den Fiskus als zuvor. Das so entstehende Steuerloch müssen nun die weniger Verdienenden stopfen. Von Steuergerechtigkeit kann in Deutschland keine Rede sein.

Büchergilde Gutenberg

Eine aktuelle Auswahl der interessantesten Bücher, exklusiv illustrierte Literatur, Klassiker- und Originalausgaben, Hörbücher, Musik-CDs, Film-DVDs, Originalgrafiken und Design-Objekte hat die traditionsreiche und unabhängige Buchgemeinschaft im Angebot. Ein besonderes Leseerlebnis entsteht durch die einzigartige Gestaltung und Verarbeitung der Bücher. Zahlreiche Prämierungen beweisen: In der Buchgestaltung liegt die Büchergilde an der Spitze aller Verlage.

Die Mitgliedschaft ist kostenlos. Pro Quartal wählt man einen Artikel, unabhängig vom Preis. In der Regel spart man ca. 20 Prozent gegenüber den Buchpreisen im Buchhandel. – Infos unter <http://www.buechergilde.de>

Geschönte Statistik

Die offizielle Arbeitslosenstatistik offenbart nur die halbe Wahrheit. Für 2007 wurden 3,77 Millionen Arbeitslose angegeben, es gab aber 6,34 Millionen Leistungsbezieher. Rund 3,2 Millionen Personen, die derzeit Arbeitslosengeld beziehen, tauchen in der Statistik nicht auf. 286.000 Bezieher von Arbeitslosengeld I, das ist rund ein Viertel, sowie mehr als die Hälfte aller Empfänger von Arbeitslosengeld II, das sind 2,86 Millionen, werden nicht als Arbeitslose ausgewiesen.

Mehr als drei Viertel der Bezieher von Arbeitslosengeld I, nämlich 225.000, tauchten 2007 deshalb nicht in der Statistik auf, weil sie von der so genannten „58er-Regelung“ profitierten, die Ende 2007 in der alten Form ausgelaufen ist. Danach hatten die Arbeit-

nehmer/innen, die mit 58 Jahren arbeitslos wurden, auch Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zum Rentenbeginn (ohne Abschläge), wenn sie erklärten, sie suchten keine Arbeit und stünden dem Arbeitsmarkt dauerhaft nicht mehr zur Verfügung. Die übrigen 60.000 Bezieher von Arbeitslosengeld I, die in der Statistik fehlen, beteiligten sich an Fortbildungsmaßnahmen oder waren krank bzw. wegen verminderter Leistungsfähigkeit nicht arbeitsfähig.

Von 5,329 Millionen Personen, die Arbeitslosengeld II bezogen, führte man im Jahr 2007 2,86 Millionen nicht als arbeitslos. Ausgeblendet wurden die erwerbstätigen „Aufstocker“, die Teilnehmer an Maßnahmen der Arbeitsförderung sowie Erwerbslose, die aus anderen Gründen nicht arbeiten konnten.

Da Capo: Neues aus der Anstalt

In ihrer Sendung „Neues aus der Anstalt“ betrachten die beiden Kabarettisten Urban Priol und Georg Schramm die nationale und internationale Politik aus dem Foyer einer Psychiatrischen Tagesklinik. Dort wird in einem Zustand zwischen politischer und psychischer Verstörtheit über den Zustand des Landes und seiner Mächtigen gewettert, geklagt und gelacht, werden die politischen und gesellschaftlichen Ereignisse des Monats satirisch-bissig aufs Korn genommen. In Solobeiträgen, aber auch in Dialogen und Szenen, soll die Lage der Nation in einem heilsamen und heiteren Prozess analysiert und verarbeitet werden. Neben den beiden Protagonisten sind in „Neues aus der Anstalt“ zwischen drei und vier weitere Kabarettisten – sowohl junge, als auch erfahrene – zu einem therapeutischen Kurzaufenthalt zu Gast.

Urban Priol ist zweifellos einer der besten Kabarettisten Deutschlands, ein Meister der Sprachästhetik und außerdem ein hervorragender Parodist. Seine Hochgeschwindigkeitskommentare werden von kaum jemandem übertroffen. Neben seiner Körpersprache, verbunden mit enormer Bühnenpräsenz, sind es auch seine punktgenauen Parodien, die ihn zum Star in der Kabarettszene gemacht haben. Seine Programme wurden mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, u.a. mit dem Deutschen Kleinkunstpreis 2000, dem Deutschen Kabarettpreis 2002, dem Bayerischen Kabarettpreis 2003, dem „Bocholter Pepperoni“ 2005 und 2006 mit dem AZ Stern des Jahres.

Georg Schramm ist Autodidakt im besten Sinne des Wortes: Keine Theaterausbildung – jedoch in der Kindheit TV-Intensivstudium von Millowitsch und Ohnsorg. Er studierte Psychologie, beteiligte sich an Studentenprotesten und wurde Gewerkschafter (s. *WdA* Nr. 44).

„Es war wirklich ein Wagnis. Aber die Sendung hat eingeschlagen wie eine Bombe und entwickelt sich prächtig“, sagte ZDF-Unterhaltungschef Manfred Teubner der Deutschen Presse-Agentur. Die beiden Hauptdarsteller Schramm und Priol seien für das ZDF zu Aushängeschildern geworden. Im Schnitt schauen knapp drei Millionen Menschen zu. Die 45 Minuten dauernde Satiresendung erreicht Marktanteile zwischen 10 und 13 Prozent.

* * * *

Filmtipp

„Wer nicht kämpft, hat schon verloren“

Ein Film von Hermann G. Abmayr über Willi Bleichers Leben

Willi Bleicher wurde noch zu Lebzeiten zu einer Legende, nicht nur bei den Metallern im deutschen Südwesten. Er stand wie wohl nur wenige andere für das Bild des unprätentiösen, einzig und allein den Interessen der Beschäftigten verpflichteten, persönlich anspruchlosen Gewerkschaftsfunktionärs, der in seinem ganzen Leben kein einziges Aufsichtsratsmandat in einem Unternehmen innegehabt hat. Über anderthalb Jahrzehnte prägte Bleicher als Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall die Tarifpolitik nicht nur seiner eigenen Organisation, sondern der deutschen Gewerkschaftsbewegung insgesamt. Er zählt zu jenen, die dafür sorgten, dass der materielle Fortschritt der „langen

Welt der Arbeit

Internet-Publikationen

Herausgeber und verantwortlich
für den Inhalt:
Franz Kersjes
Abendrothstr. 5, 50769 Köln
Telefon: 0171 – 5 26 65 35
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die *Welt der Arbeit* erscheint nach
Bedarf kostenlos online und auf
der Website
www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung
von Belegen erwünscht. – Beiträ-
ge von Gastautoren stellen nicht
in jedem Fall die Meinung des
Herausgebers dar.

Empfehlungen:
<http://www.nachdenkseiten.de>
<http://www.labournet.de>
<http://www.einblick.dgb.de>
<http://www.verdi.de>
<http://www.igmetall.de>
<http://www.wissentransfer.info>
<http://www.erwerbslose.de>
<http://www.attac.de>
Neue Rheinische Zeitung
<http://www.nrhz.de>

Institut für Bildung, Medien und Kunst

im Heinrich-Hansen-Haus
Teutoburger-Wald-Straße 105
32791 Lage-Hörste
Telefon: 0 52 32 / 9830
Mail: bst.imk@verdi.de
Infos: <http://www.imk.verdi.de>

1960er Jahre“ an den Beschäftigten nicht vorbei ging. Sein Anspruch ging jedoch weit über die Tarifpolitik hinaus: Besonders wichtig war ihm die Humanisierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Bleicher war der Überzeugung, dass gerade die Gewerkschaften diesem Vorhaben neue Impulse geben müssen mit dem Ziel, „diese Welt lebenswerter zu gestalten.“

Der einstündige Film ist zu beziehen über
<mailto:Willi-Bleicher-Film@t-online.de>